

**AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG, LANDESAMTSDIREKTION**

Postanschrift 1014 Wien, Postfach 6

Fernschreibnummer 13 4145, Telefax (0 22 2) 531 10 3610

Parteienverkehr: Dienstag 8 - 12 Uhr und 16 - 19 Uhr

Wien 1, Herrengasse 11 - 13

zu erreichen mit:

U 3 (Haltestelle Herrengasse)

2A, 3A (Haltestelle Michaelerplatz)

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 1014

An das  
Bundesministerium für  
wirtschaftliche Angelegenheiten  
Stubenring 1  
1011 Wien

Beilagen

LAD-VD-58761/1

Bei Antwort bitte Kennzeichen angeben

Beimt GESETZENTWURF	
Zl. 2	-GE/19 P5
Datum: 27. APR. 1995	
Verteilt	

Dr. Lünebeck

Bezug

23.022/37-II/1/95

Bearbeiter

Dr. Grüner

(0 22 2) 531 10

Durchwahl

2152

Datum

25. April 1995

Betrifft

Bundesgesetz zur Durchführung des Übereinkommens vom 3. März 1973  
über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten frei-  
lebender Tiere und Pflanzen (Durchführungsgesetz 1995)

Die NÖ Landesregierung beehrt sich zum Entwurf eines Bundes-  
gesetzes zur Durchführung des Übereinkommens vom 3. März 1973  
über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten frei-  
lebender Tiere und Pflanzen (Durchführungsgesetz 1995) wie folgt  
Stellung zu nehmen:

**I. Allgemeines**

Zu den grundsätzlichen Problemen des Entwurfes wird auf die  
Stellungnahme der NÖ Landesregierung vom 31. Jänner 1995,  
LAD-VD-58761 verwiesen. Dies betrifft sowohl die Probleme der  
Verständlichkeit als auch die ungeklärten Mehraufwendungen für  
die Länder (z.B. vermehrte Sachverständigentätigkeit).

Es ist festzuhalten, daß die EU-Verordnungen eine erhebliche  
Erweiterung des Verwaltungsaufwandes bedeuten. Dies gründet sich  
zum einen auf die Sonderregelung der EU für die sogenannten C1 -  
und C2 - Arten, die gegenüber den "Anhang II-Arten" des Überein-  
kommens einer strengeren und daher aufwendigeren Beurteilung  
unterliegen und zum anderen auf den Umstand, daß NÖ eine EU-Außen-  
grenze gegenüber den ehemaligen Staaten des Ostblocks darstellt.  
Durch die weniger strengen Bestimmungen in diesen Staaten und

- 2 -

gewisse Vollzugsprobleme bei den Behörden der ehemaligen Ostblockstaaten werden illegale Tiertransporte stärker denn je den Weg über Österreich wählen. Verstärkte Kontrollen von Händlern und Züchtern vor allem im grenznahen Raum sowie die fallweise Beiziehung externer Sachverständiger für diverse Spezialgebiete werden einen vermehrten Aufwand - diesfalls allerdings als Zweckaufwand für den Bund - erfordern.

Schließlich enthält der Entwurf nach wie vor verfassungsrechtliche Probleme, wobei insbesondere auf die Bestimmungen des § 17 Abs. 2 und 3 des Entwurfes hinzuweisen ist. Sowohl die Wortwahl ("ist die nach den landesrechtlichen Bestimmungen zuständige Behörde anzusehen") als auch die Erläuterungen stellen keinen Konnex zu Art. 102 Abs. 3 B-VG her.

## II. Zu einzelnen Bestimmungen

1. Es wäre wünschenswert, den Ausdruck "Exemplare" genau zu definieren. Es ist nur aus der Verordnung Nr. 3626/82 des Rates vom 3. Dezember 1982 zu verstehen, daß es sich dabei um "lebende oder tote Tiere und Pflanzen oder ohne weiters erkennbare Teile derselben" handelt. Eine Legaldefinition wäre deshalb der Rechtssicherheit förderlich, weil es sich bei den Normadressaten nicht ausschließlich um Fachleute handeln muß, sondern beispielsweise auch Touristen von der Regelung betroffen sein können, die nach diesem Gesetz zu schützende Pflanzen oder Tiere oder deren Teile als Souvenir einführen wollen.

Außerdem wäre es aus diesem Grund zielführend, wenn zumindest der wesentliche Inhalt dieses Bundesgesetzes ohne Zuhilfenahme der Verordnung des Rates verständlich wäre.

- 3 -

2. § 5 Abs. 3 sollte verständlicher formuliert werden. Z.B.: "Bei der Einfuhr künstlich vermehrter Pflanzen des Anhanges II aus Drittländern".
3. Die Ausnahmebestimmungen für die vorübergehende Aus-, Wieder- aus- oder Einfuhr sind hinsichtlich der Kennzeichnung von Pflanzen nicht durchführbar.
4. Die Regelung des § 9 sollte auch ausdrücklich gezüchtete oder künstlich vermehrte Exemplare einschließen.
5. Die im § 10 normierten Ausnahmen von den Verboten gemäß Art. 6 Abs. 1 der EU-Verordnung Nr. 3626/82 sollten generell unter der Voraussetzung der jederzeitigen Nachweispflicht gehalten werden.
6. Gezüchtete "Anhang I oder C1 - Exemplare" wären gemäß dem Stand der Technik mit einem Kennzeichen zu versehen. Entsprechende Zuchtbücher und Dokumente müssten am Unterbringungsort der Tiere jederzeit einsehbar sein.

Dem Präsidium des Nationalrates werden u.e. 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme übermittelt.

NÖ Landesregierung

Dr. P r ö l l

Landeshauptmann

LAD-VD-58761/1

1. An das Präsidium des Nationalrates (25-fach)
2. an alle vom Lande Niederösterreich entsendeten Mitglieder des Bundesrates
3. an alle Ämter der Landesregierungen  
(zu Händen des Herrn Landesamtsdirektors)
4. an die Verbindungsstelle der Bundesländer

zur gefälligen Kenntnisnahme

NÖ Landesregierung

Dr. P r ö l l

Landeshauptmann

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung

